EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK

JAHRESBERICHT 1961

EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK

Die Konten und die Bilanz der Europäischen Investitionsbank lauten auf die im Artikel 4 Absatz 1 ihrer Satzung festgesetzte Rechnungseinheit. Ihr Wert beträgt 0,88867088 Gramm Feingold.

In dem vorliegenden Bericht erfolgen die Umrechnungen in die Rechnungseinheit unter Anwendung nachstehender Paritäten :

1 Rechnungseinheit =
- 50 belgische Franken
- 4,00 Deutsche Mark (1)
- 4,93706 neue franz. Franken
- 625 italienische Lire
- 50 luxemburgische Franken
- 3,62 holländische Gulden (1)
- 1 US-Dollar
- 4,37282 Schweizer Franken

---

(1) Bis zum 5. März 1961 einschliesslich betrug die Parität der Deutschen Mark : 1 RE = 4,20 DM; bis zum 6. März 1961 einschliesslich betrug die Parität des holländischen Gulden : 1 RE = 3,80 hfl.

EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK

JAHRESBERICHT 1961

RAT DER GOUVERNEURE

Belgien : JEAN VAN HOUTTE, Finanzminister bis zum 24. April 1961, Brüssel;

ANDRÉ DEQUAE, Finanzminister ab 25. April 1961, Brüssel;

Deutschland : FRANZ ETZEL, Finanzminister bis zum 13. November 1961, Bonn;

HEINZ STARKE, Finanzminister ab 14. November 1961, Bonn;

Frankreich : WILFRID BAUMGARTNER, Finanz- und Wirtschaftsminister bis zum 17. Januar 1962, Paris;

VALÉRY GISCARD D'ESTAING, Finanz- und Wirtschaftsminister ab 18. Januar 1962, Paris;

Italien : PAOLO EMILIO TAVIANI, Minister des Schatzamtes bis zum 20. Februar 1962, Rom;
Präsident bis zum 8. Mai 1961;

ROBERTO TREMELLONI, Minister des Schatzamtes ab 21. Februar 1962, Rom;

Luxemburg : PIERRE WERNER, Staatsminister, Ministerpräsident, Finanzminister, Luxemburg;
Präsident ab 9. Mai 1961;

Niederlande : JELLE ZIJLSTRA, Finanzminister, Den Haag.

VERWALTUNGSRAT

Präsident : PARIDE FORMENTINI

Ordentliche Mitglieder :	*Stellvertreter :*
FRANCO BOBBA, Generaldirektor für Wirtschaft und Finanzen bei der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Brüssel;	PIERRE MILLET, Direktor bei der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Brüssel; ab 28. Februar 1962 ersetzt durch : ALAIN PRATE, Direktor bei der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Brüssel;
SJOERD BOOMSTRA, Direktor der Auslandsfinanzen im Finanzministerium, Den Haag;	OTTO WILLEM VOS, Direktor im Finanzministerium, Den Haag;
JEAN-PAUL DELCOURT, Leiter der Finanzierungsabteilung im Commissariat Général du Plan, Paris; ab 2. Oktober 1961 ersetzt durch : JEAN SADRIN, Direktor der Auslandsfinanzen im Finanz- und Wirtschaftsministerium, jetzt stellvertretender Generaldirektor des Comptoir National d'Escompte de Paris, Paris;	ROGER BOYER, Mitglied des Verwaltungsrates der Banque Française du Commerce Extérieur, Mitglied des Conseil National du Crédit, Paris;

RAYMOND DENUCÉ, Finanzberater des Crédit Communal de Belgique, Brüssel;

ROBERTO DUCCI, Botschafter, Auswärtiges Amt, Rom;

RENÉ LARRE, Conseiller Financier bei der Französischen Botschaft in den Vereinigten Staaten, Washington;
ab 2. Oktober 1961
ersetzt durch :
MAURICE PÉROUSE, Direktor des Schatzamtes im Finanz- und Wirtschaftsministerium, Paris;

HERBERT MARTINI, Vorstandsmitglied der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main;

ALFRED MÜLLER - ARMACK, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn-Duisdorf;

PASQUALE SARACENO, Direttore centrale dell' Istituto per la Ricostruzione Industriale, Rom;

PIERRE - PAUL SCHWEITZER, Sous-Gouverneur de la Banque de France, Paris;

PIERRE GUILL, Ministerialrat im Finanzministerium, Luxemburg;

MARIO PENNACHIO, Consulente della Banca d'Italia, Consigliere Finanziario bei den Italienischen Botschaften in den Beneluxländern und in der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Paris;

FRANÇOIS BLOCH-LAINÉ, Generaldirektor der Caisse des Dépôts et Consignations, Paris;

WALTER DUDEK, Senator der Finanzen a.D., Hamburg-Harburg;

ERNST VOM HOFE, Ministerialdirigent im Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn-Duisdorf;

ALBERTO CAPANNA, stellvertretender Generaldirektor der Finsider, Rom;

MAURICE PÉROUSE, Direktor des Schatzamtes im Finanz- und Wirtschaftsministerium, Paris;
stellvertretendes Mitglied bis zum 1. Oktober 1961;

STEFANO SIGLIENTI, Präsident des Istituto Mobiliare Italiano, Präsident der Associazione Bancaria Italiana, Rom;

JOACHIM VON SPINDLER, Ministerialdirektor im Bundesministerium der Finanzen, Bonn;

ab 2. Oktober 1961

ersetzt durch :

FRITZ G. FECHNER, Ministerialdirektor im Bundesministerium der Finanzen, Bonn.

GIUSEPPE DI NARDI, Präsident der S.p.A. Navalmeccanica, Rom;

HANS SKRIBANOWITZ, Generaldirektor bei der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Luxemburg; stellvertretendes Mitglied bis zum 30. November 1961.

DIREKTORIUM

PARIDE FORMENTINI, *Präsident*

HANS KARL VON MANGOLDT-REIBOLDT, *Vizepräsident*

CLAUDE TIXIER, *Vizepräsident*

ABTEILUNGEN

Generalsekretariat	JEAN FRÈRE, Generalsekretär.
	ARNOLD RIETZ, Personalchef und Chef der Verwaltung.
	RUDOLF SPRUNG, stellvertretender Direktor.
Kreditabteilung	GÜNTHER BERGAN, Direktor.
Finanzabteilung	GIANDOMENICO SERTOLI, Direktor.
Volkswirtschaftliche Abteilung	ALBERTO CAMPOLONGO, Direktor.
	PIERRE BARRE, stellvertretender Direktor.
Juristische Abteilung	CAREL DE VOS VAN STEENWIJK, Direktor *.

Beratender Ingenieur	HENRI JEANDET.

* Bis zum 31. Dezember 1961.

PRÜFUNGSAUSSCHUSS

Präsident

ADRIAAN M. DE JONG	Ehemaliger Direktor-Sekretär und Vizepräsident der Nederlandsche Bank, Amsterdam.

Mitglieder

RENÉ BRESSON	Président de Chambre Honoraire à la Cour des Comptes, ehemaliger Präsident der Commission de Vérification des Comptes des Entreprises Publiques, Paris.
KARL BERNARD	Ehemaliger Präsident des Zentralbankrats der Bank deutscher Länder, Frankfurt/Main.

JAHRESBERICHT 1961

I

Das Jahr 1961 endete für den Gemeinsamen Markt mit einem Ereignis von entscheidender Bedeutung : Der Ministerrat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beschloss mit Wirkung ab 1. Januar 1962 den Übergang in die zweite der drei Stufen der Übergangszeit. Damit wurde erneut bestätigt, dass der Gemeinsame Markt seinem Ziel, der wirtschaftlichen Integration der Mitgliedstaaten, zustrebt.

Weitere bedeutsame Ereignisse haben im Jahre 1961 zur Festigung des Gemeinsamen Marktes beigetragen. So wurde als Vorbedingung zum Übergang zur zweiten Stufe eine Einigung über die ersten Massnahmen in Richtung einer gemeinsamen Agrarpolitik erzielt. Für die Bank ist weiterhin von Interesse festzuhalten, dass im April 1961 die Kommission dem Ministerrat ein Memorandum über die Ausrichtung einer gemeinsamen Verkehrspolitik übermittelte, in dem insbesondere auch die Investitionen gemeinsamen Interesses auf diesem Sektor behandelt werden. Die Kommission setzte ferner ihre Untersuchungen über die Regionalentwicklung fort; die von ihr im Dezember 1961 unter Teilnahme der für die Regionalpolitik verantwortlichen Persönlichkeiten der Mitgliedsländer und der Bank einberufene Konferenz bot zum ersten Mal die Möglichkeit, die auf dem Gebiet der Regionalpolitik und -entwicklung in den einzelnen Ländern gesammelten Erfahrungen einander gegenüberzustellen.

Auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen der Gemeinschaft waren im letzten Jahr wichtige Ereignisse zu verzeichnen. So wurde am 9. Juli 1961 das Assoziierungsabkommen zwischen Griechenland und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unterzeichnet. Das Abkommen enthält unter anderem Bestimmungen über eine Finanzhilfe, die zur beschleunigten Entwicklung der griechischen Wirtschaft durch

Beteiligung an der Finanzierung von Investitionsvorhaben beitragen soll. Im Rahmen dieser Finanzhilfe haben die sechs Mitgliedstaaten der Bank die Aufgabe übertragen, Finanzierungen gemäss ihren üblichen Bedingungen durchzuführen. Ferner haben Anfang August Grossbritannien, Dänemark und Irland ihre Aufnahme in die Gemeinschaft beantragt. Im Dezember 1961 haben Österreich, Schweden und die Schweiz die Aufnahme von Verhandlungen über ihre Assoziierung mit dem Gemeinsamen Markt beantragt.

* * *

Die Wirtschaft der Gemeinschaft hat 1961 ihr rasches Wachstum fortgesetzt. Zwar war im Laufe des dritten Jahres der Hochkonjunktur eine gewisse Verlangsamung des Expansionstempos unverkennbar, doch lag die Ursache hierfür weniger in einem Nachlassen der Nachfrage als vielmehr in der angespannten Arbeitsmarktlage und der Vollauslastung der vorhandenen Kapazitäten, die einer schnelleren Ausdehnung des Angebots Grenzen setzten. Aus dieser Spannung zwischen unvermindert hoher Nachfrage und begrenzter Ausweitungsmöglichkeit auf der Angebotsseite erklärt sich auch, dass das Preisniveau sich etwas stärker erhöhte als in den Vorjahren.

Nach vorläufigen Schätzungen lag das Bruttosozialprodukt für die Gemeinschaft als Ganzes real um 5 % über dem des Vorjahres (1960 : 7 %). Unter Berücksichtigung der Erhöhung des Preisniveaus um etwa 3 % und der im Laufe des Jahres vorgenommenen Wechselkursänderungen betrug das Bruttosozialprodukt zu laufenden Preisen 1961 fast 200 Milliarden Rechnungseinheiten.

Die Länder der Gemeinschaft haben 1961 nicht alle in gleicher Weise an der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung teilgenommen. Eine besonders starke Entwicklung war in Italien zu verzeichnen, wo — durch begrenzende Faktoren auf der Angebotsseite weniger behindert — das Sozialprodukt mit einem realen Zuwachs von 7,9 % die Expansion des Vorjahres (6,9 %) noch übertraf. Immerhin machte sich auch in Italien eine gewisse Verknappung von Fachkräften bemerkbar und gab Anlass zu noch grösseren Anstrengungen auf dem Gebiet der beruflichen Ausbildung, um die Eingliederung der zahlreichen im Süden des Landes noch vorhandenen Arbeitslosen und Unterbeschäftigten in den Produk-

tionsprozess zu ermöglichen. In Deutschland und noch mehr in den Niederlanden, wo die Zuwachsrate des Sozialprodukts im Vorjahr mit 9 bzw. 8 % aussergewöhnlich hoch gewesen war, verminderte sich dagegen das Wachstumstempo merklich. Beide Länder konnten die Verknappung auf dem Arbeitsmarkt nur zum Teil durch weitere Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte mildern. In den Niederlanden wirkte sich 1961 auch die in der ersten Hälfte des Jahres eingeleitete Verkürzung der Arbeitszeit aus, unter deren Einfluss die industrielle Produktion sich während mehrerer Monate nur wenig auszudehnen vermochte. In Deutschland stellte sich der reale Zuwachs 1961 auf 5,3 %, in den Niederlanden auf nur 2,5 %. Für Frankreich wird der Anstieg des Sozialprodukts für 1961 auf 4,5 % gegenüber 6 % im Vorjahr geschätzt. In Belgien und Luxemburg lag das Sozialprodukt um 3-4 % über dem des Vorjahres.

Unter den Faktoren, die auf der Nachfrageseite die Expansion vor allem beeinflusst haben, wiesen wiederum die Anlageinvestitionen — und zwar insbesondere die Investitionsausgaben der Unternehmungen — den stärksten Anstieg auf, wenn auch der Zuwachs gegenüber 1960 etwas geringer war. Wachsendes Gewicht als konjunkturbelebender Faktor erhielten die privaten Verbrauchsausgaben. In mehreren Mitgliedsländern kam es, durch wachsende Spannungen auf den Arbeitsmärkten begünstigt, zu beachtlichen Lohnerhöhungen, die — verstärkt durch die weitere Zunahme der Beschäftigung — zu einer kräftigen Erhöhung der Masseneinkommen und damit der privaten Konsumgüternachfrage führten. Der öffentliche Verbrauch erhöhte sich etwa im selben Umfang wie das Sozialprodukt. Dagegen ist die Lagerbildung 1961 hinter der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung zurückgeblieben : für die Gemeinschaft insgesamt dürfte die Vorratsbildung um etwa ein Fünftel unter der des Vorjahres gelegen haben.

Auch von der Aussennachfrage gingen geringere Expansionsimpulse aus : der Überschuss der Zahlungsbilanz in laufender Rechnung erhöhte sich 1961 nicht weiter, die Zuwachsraten des Warenhandels mit Drittländern gingen merklich zurück. Die Warenausfuhr, die besonders in der ersten Hälfte des Jahres von der Abschwächung der amerikanischen Konjunktur und zögernder, zum Teil rückläufiger Nachfrage in einigen überseeischen Gebieten beeinflusst wurde, erhöhte sich 1961

wertmässig um nur 5 %, während der Zuwachs 1960 14 % betragen hatte. Die Wareneinfuhr der Gemeinschaft erhöhte sich ebenfalls um 5 %, nachdem im Vorjahr ein Zuwachs von 20 % zu verzeichnen war. Demgegenüber nahm, wie in den Vorjahren, der Warenaustausch zwischen den Ländern der Gemeinschaft wieder bedeutend zu. Er erreichte 1961 fast den Betrag von 12 Milliarden Rechnungseinheiten und lag wertmässig 16 % über dem Niveau von 1960 und fast 70 % über dem von 1957, dem letzten Jahr vor Inkrafttreten des Gemeinsamen Marktes.

Während der ersten vier Jahre des Bestehens des Gemeinsamen Marktes hat sich das Bruttosozialprodukt der EWG-Länder zusammengenommen real um 21 % erhöht.

Unter den EWG-Ländern wiesen in diesen vier Jahren Italien mit 30 % und Deutschland mit 26 % den höchsten Zuwachs des Sozialprodukts auf. In den Niederlanden betrug der Zuwachs 18 %, in Frankreich 15 %, in Luxemburg 14 % und in Belgien 10 %. Unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung stellte sich die reale Zunahme des Sozialprodukts je Einwohner auf 27 % in Italien, 20 % in Deutschland, 11-12 % in Frankreich, den Niederlanden und Luxemburg und 7 % in Belgien. Der durchschnittliche Anstieg des Pro-Kopf-Produkts für die Gemeinschaft zwischen 1957 und 1961 betrug 16 %.

Das unterschiedliche Entwicklungstempo des Sozialprodukts in den EWG-Staaten hatte zur Folge, dass sich die Spanne zwischen dem Bruttosozialprodukt je Einwohner der einzelnen Länder in den letzten Jahren weiter verringert hat. Das gleiche scheint jedoch noch nicht für die interregionalen Differenzen in den einzelnen Ländern zu gelten : die vorhandenen Informationen deuten darauf hin, dass in einigen Ländern vor allem die Ballungsgebiete an der wirtschaftlichen Expansion teilgenommen haben, während die weniger entwickelten Gebiete nicht das Durchschnittswachstum erreichten.

* * *

Die Bruttoanlageinvestitionen in den sechs Ländern der Gemeinschaft betrugen nach vorläufigen Schätzungen 44 Milliarden Rechnungseinheiten. Nach Abzug der auf 18 Milliarden geschätzten Abschreibungen dürften die Nettoanlageinvestitionen etwa 26 Milliarden betragen haben.

Mit einem realen Zuwachs von über 9 % — der nominale Zuwachs dürfte etwa 13 % betragen haben — sind die Bruttoinvestitionen der Gemeinschaft 1961 schneller gewachsen als das Sozialprodukt; ihr Anteil am Sozialprodukt erhöhte sich im Durchschnitt weiter auf 22 % gegenüber 21 % im Vorjahr.

Unter den Mitgliedsländern wies Italien mit einer Ausweitung des Investitionsvolumens von 11 % (1960 : 15 %) die höchste Zuwachsrate auf. Die Ausdehnung der Investitionstätigkeit konzentrierte sich — wie übrigens in allen EWG-Ländern — stark auf den industriellen Sektor. Schwerpunkte der industriellen Investitionstätigkeit waren vor allem die Stahl- und Eisenindustrie, deren Investitionsvolumen sich gegenüber dem Vorjahr verdoppelte, sowie die chemische Industrie und die Energiewirtschaft. Der Wohnungsbau und die öffentlichen Arbeiten, die im Vorjahr kaum zur Ausdehnung des Investitionsvolumens beigetragen hatten, traten 1961 wieder etwas stärker in den Vordergrund. Die Investitionen in der Landwirtschaft dagegen, die sich im Vorjahr mit einem Anstieg von etwa 20 % überdurchschnittlich ausgedehnt hatten, blieben dieses Jahr im Wachstum zurück, vor allem wegen der Verringerung der Ausgaben für landwirtschaftliche Erschliessungarbeiten, auf die fast drei Viertel der Investitionsaufwendungen der Landwirtschaft entfallen.

In Deutschland erreichten die Bruttoanlageinvestitionen mit einem wertmässigen Anstieg von etwa 15 % fast die gleiche Zuwachsrate wie im Vorjahr, doch stellte sich der reale Zuwachs infolge starker Preissteigerungen — besonders im Bausektor — nur auf 9 % gegenüber 12 % im Vorjahr. Im industriellen Bereich, für den der Zuwachs insgesamt real 13 % betragen haben dürfte, lag das Schwergewicht der Investitionsexpansion nach wie vor in der Produktionsgüterindustrie, vor allem im Stahl- und Chemiesektor, und in der Investitionsgüterindustrie, insbesondere in der elektrotechnischen Industrie und im Maschinen- und Fahrzeugbau. Dagegen machten sich in den meisten Bereichen der Verbrauchsgüterindustrie eher Tendenzen zu einer Stabilisierung, zum Teil sogar zu einem leichten Absinken des Investitionsniveaus bemerkbar.

Das Wohnungsbauvolumen lag nur wenig über dem des Vorjahres, während die Investitionsausgaben infolge der starken Erhöhung der Baupreise um etwa 10 % anstiegen.

In Frankreich erhöhte sich das Investitionsvolumen 1961 um 8 % und wies damit gegenüber dem Vorjahr (6 %) einen weiter steigenden Expansionsrhythmus auf. Der Zuwachs der Investitionen war in erster Linie die Folge einer starken Investitionstätigkeit im öffentlichen Bereich und in der privaten Industrie, vor allem in der Stahlindustrie, im Maschinenbau und in der elektrotechnischen Industrie. Dagegen blieben die Investitionen der verstaatlichten Unternehmen etwa auf dem Niveau des Vorjahres : im Energiesektor ergab sich im Zuge des Auslaufens der Investitionsprogramme in Lacq und im Kohlebergbau sogar eine leichte Abnahme der Investitionen; im Verkehrssektor lagen die Investitionen nur geringfügig über denen von 1960. Auch die Wohnungsbauinvestitionen überschritten nur wenig den Umfang des Vorjahres.

Auch in Belgien lag die reale Zuwachsrate von etwa 10 % über der des Vorjahres (6 %). Fast die gesamte Zunahme des Investitionsvolumens entfiel auf die private Industrie und den Wohnungsbau. Für die Entwicklung der industriellen Investitionen, die insgesamt etwa 15-20 % zugenommen haben, sind die Massnahmen, die im Rahmen der Gesetze vom Juli 1959 zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung getroffen wurden, wie auch die starke Investitionstätigkeit ausländischer Industrieunternehmen in Belgien von grosser Bedeutung gewesen. Ein starker Rückgang der Investitionen war im Bereich der öffentlichen Unternehmen zu verzeichnen, wo das Investitionsvolumen nur etwa 40 % des Vorjahrsstandes erreichte. In den übrigen Wirtschaftsbereichen erhöhten sich die Investitionen kaum : im Verkehrssektor lagen sie nur geringfügig über, im öffentlichen Sektor und in der Landwirtschaft etwa auf dem Niveau des Vorjahres.

In den Niederlanden war das Investitionsvolumen etwa 7 % grösser als im Vorjahr (1960 : 10 %). Ein grosser Teil der zusätzlichen Nachfrage nach Investitionsgütern konnte 1961 nur durch eine starke Erhöhung der Einfuhr von Ausrüstungsgütern befriedigt werden, da das Angebot der inländischen Investitionsgüterproduktion wegen Erreichung

der Kapazitätsgrenzen kaum weiter ausgedehnt werden konnte. Etwa zwei Drittel der zusätzlichen Investitionen entfielen auf den industriellen Sektor, der sein Investitionsvolumen um etwa 16 % ausdehnte. Im öffentlichen Bereich erhöhte sich das Investitionsvolumen um annähernd 10 %. Der Wohnungsbau überschritt nur geringfügig das Niveau des Vorjahres; im Verkehrssektor war ein Rückgang der Investitionen um 10 % zu verzeichnen, vornehmlich infolge geringerer Investitionsaufwendungen für Schiffe und Flugzeuge.

* * *

Wie im Vorjahr entsprachen auch 1961 die auf den Kapitalmärkten beschafften Finanzierungsmittel etwa einem Viertel der Nettoinvestitionen der Gemeinschaft. Dieses Verhältnis ist im übrigen nach wie vor von Land zu Land verschieden, wenn auch die Unterschiede im Vergleich zum Vorjahr weniger bedeutend sind : die beiden Extreme sind Deutschland, wo die Wertpapieremissionen etwa einem Fünftel, und Italien, wo sie etwa zwei Fünfteln der Nettoinvestitionen entsprachen. Die Nettoemissionen von Staatspapieren und Obligationen betrugen 1961 in den sechs Ländern der Gemeinschaft 4,8 Milliarden Rechnungseinheiten (gegenüber 3,63 im Vorjahr), die Aktienemissionen 2,0 Milliarden (gegenüber 1,87), d.h. zusammen 6,8 Milliarden (gegenüber 5,50).

Ein weiterer bedeutender Teil der Finanzierungsmittel wurde bei Banken und anderen Finanzierungsinstituten für mittel- und langfristige Kredite aufgenommen; der Gesamtbetrag der an die Wirtschaft gewährten Kredite hat sich in allen Ländern wesentlich erhöht. Allein die Zunahme der mittel- und langfristigen Kredite im Jahre 1961 beläuft sich nach Abzug der Mittel, die sich die Finanzierungsinstitute durch Emissionen von Obligationen auf dem Kapitalmarkt beschafften, auf etwa 8 Milliarden; damit übersteigen sie den Gesamtbetrag der durch Wertpapieremissionen auf dem Kapitalmarkt beschafften Finanzierungsmittel.

Über die sonstigen Finanzierungsquellen der Investitionen, insbesondere über die Selbstfinanzierung der Unternehmen, liegen noch keine vergleichbaren statistischen Angaben vor.

* * *

Die Finanzierungsmittel, welche sich die Unternehmen 1961 durch Aktienemissionen auf den Kapitalmärkten beschaffen konnten, standen in Deutschland und vor allem in Frankreich, wo 1960 bei den Kapitalerhöhungen ein Stillstand eingetreten war, in reichlicherem Masse zur Verfügung als im Vorjahr. In Italien entsprach das Emissionsvolumen fast dem des Vorjahres, während in Belgien und in den Niederlanden eine rückläufige Entwicklung zu verzeichnen war.

Für Anleihenehmer bot der Kapitalmarkt nach wie vor die günstigsten Bedingungen in den Niederlanden; Ende 1961 lag die Rendite der vom Staat und der Bank voor Nederlandsche Gemeenten begebenen neuen Anleihen nur wenig über 4 %. Die niederländischen Behörden genehmigten ab Mai 1961 erstmalig wieder die Begebung von Obligationen für Rechnung ausländischer öffentlicher oder privater Anleiheschuldner; diese Emissionen, die Renditen von 4,5 bis 5 % aufwiesen, nahmen den Kapitalmarkt mit einem Nettobetrag von 432 Millionen Gulden in Anspruch.

Im letzten Jahresbericht wurde darauf hingewiesen, dass sich die Renditen neuer Anleiheemissionen in Frankreich und Italien, wo sie seit Anfang 1959 ständig gefallen waren, 1960 auf einem Niveau von etwa 5,7 % eingespielt hatten. Zu diesem Satz wurden 1961 sowohl in Frankreich, wo weiterhin nur Wirtschaftsunternehmen Zugang zum Kapitalmarkt hatten, als auch in Italien, wo nach wie vor die Spezialinstitute für langfristigen Kredit eine Vorrangstellung einnahmen, umfangreichere Emissionen durchgeführt.

In Belgien lagen die Renditen der jüngsten Anleihen mit 5,75 % etwa auf dem gleichen Niveau. Man bemühte sich 1961, die Plazierung längerfristiger Wertpapiere zu fördern und den Emissionen der halbstaatlichen Einrichtungen mit wirtschaftlicher Zielsetzung auf dem Kapitalmarkt grösseren Raum zu geben.

Die auf dem deutschen Anleihemarkt 1961 aufgenommenen Mittel, die hauptsächlich den Hypotheken- und Kommunalkreditinstituten und öffentlichen Körperschaften zuflossen, haben sich gegenüber 1960 fast verdoppelt und erreichten erneut den Stand von 1959. Im

ersten Halbjahr war ein leichtes Absinken der Zinssätze zu verzeichnen, doch am Ende des Jahres lag die Rendite erneut bei 6 %, nachdem sie im Juli 5,4 % und Ende 1960 6,2 % betragen hatte.

Von den Niederlanden abgesehen haben sich demnach die Renditen auf den verschiedenen Kapitalmärkten der Gemeinschaft ziemlich angeglichen; in der Höhe der effektiven Belastung der Anleiheschuldner bestehen jedoch infolge der Unterschiede in den Steuersystemen und Emissionskosten von Land zu Land noch wesentliche Abweichungen.

* * *

DARLEHEN

Das Kreditgeschäft der Bank hat sich im Vergleich zu den Vorjahren wesentlich ausgeweitet. Dies gilt nicht nur für die Anzahl und den Gesamtbetrag der gewährten Kredite, sondern auch für den sachlichen Tätigkeitsbereich. So hat die Bank im abgelaufenen Geschäftsjahr nach Festlegung von allgemeinen verkehrspolitischen Richtlinien durch die EWG-Kommission erste Kredite zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur gewährt; ferner hat die Bank erstmals einem belgischen Unternehmen ein Darlehen zugesagt.

Während 1960 fünf Darlehen mit insgesamt 41,3 Millionen Rechnungseinheiten gewährt wurden, bewilligte der Verwaltungsrat im Laufe des Jahres 1961 zehn Darlehen im Gesamtbetrag von 66,2 Millionen Rechnungseinheiten, von denen 24,4 Millionen Rechnungseinheiten auf vier Vorhaben in Italien, 12 Millionen Rechnungseinheiten auf vier Vorhaben in Frankreich, 25 Millionen Rechnungseinheiten auf ein Vorhaben in Deutschland und 4,8 Millionen Rechnungseinheiten auf ein Vorhaben in Belgien entfielen.

Die Gesamtkosten dieser Investitionsvorhaben werden auf 325 Millionen Rechnungseinheiten geschätzt. Bei einer Darlehenssumme

von 66,2 Millionen Rechnungseinheiten hat sich die Bank demnach im Jahre 1961 mit durchschnittlich 20 % an den Investitionsaufwendungen beteiligt.

Bei den Vorhaben handelt es sich um :

- Die Errichtung einer chemischen Fabrik zur Herstellung von Grundstoffen für die Produktion von synthetischen Lacken und Schaumstoffen durch die Gesellschaft *Progil-Bayer-Ugine (P.B.U.)*, einer deutsch-französischen Gemeinschaftsgründung, in Pont-de-Claix (Département Isère, Frankreich); Darlehen der Bank : 2 Millionen Rechnungseinheiten.

- Die Elektrifizierung und den Ausbau der Eisenbahnstrecke Genua-Modane durch Umstellung des Antriebstromes; Darlehen der Bank an die *Amministrazione delle Ferrovie dello Stato (FF.SS.)* : 21 Millionen Rechnungseinheiten.

- Den Ausbau der Eisenbahnstrecke Modane-Chambéry durch Ausweitung der Umschlagskapazität des Grenzbahnhofes; Darlehen der Bank an die *Société Nationale des Chemins de Fer Français (S.N.C.F.)* : 4 Millionen Rechnungseinheiten.

- Die Elektrifizierung der « Nord-Süd-Strecke », die die grossen norddeutschen Häfen mit Süddeutschland verbindet und eine wichtige internationale Verkehrsverbindung zwischen den skandinavischen Ländern, Italien, der Schweiz und Österreich ist; Darlehen der Bank an die *Deutsche Bundesbahn (D.B.)* : 25 Millionen Rechnungseinheiten.

- Die Erschliessung von Heideland und die Schaffung von landwirtschaftlichen Betrieben in den Waldgebieten Südwestfrankreichs; Darlehen der Bank an die *Compagnie d'Aménagement des Landes de Gascogne* : 1 Million Rechnungseinheiten.

- Die Errichtung einer Zellstoffabrik in der Borinage (Belgien); Darlehen der Bank an die *Cellulose du Borinage* : 4,8 Millionen Rechnungseinheiten.

- Die Errichtung einer Süsswarenfabrik in Patti (Sizilien) durch die *S.p.A. Tyndaris per l'industria dolciaria ed affine*; Darlehen der Bank : 0,4 Millionen Rechnungseinheiten.

- Den Abbau eines Kalisalzvorkommens und die Herstellung von Düngemitteln durch die Gesellschaft *Sali Potassici Trinacria* in Pasquasia (Sizilien); Darlehen der Bank : 1,6 Millionen Rechnungseinheiten.

- Die Errichtung einer Fabrik zur Herstellung von Verschlüssen aus Stahl für industrielle Zwecke durch die Gesellschaft *W.E.S.P.A. Walworth Europa - S.p.A.* in Patti (Sizilien); Darlehen der Bank : 1,4 Millionen Rechnungseinheiten.

- Die Erweiterung und Verstärkung der Stromverteilungsnetze in den landwirtschaftlichen Gebieten der Bretagne; Darlehen der Bank an die *Electricité de France, Service National :* 5 Millionen Rechnungseinheiten.

Diese Darlehen wurden den Begünstigten direkt gewährt, mit Ausnahme der drei für italienische Industrieprojekte bestimmten Darlehen, die wie bisher der Cassa per il Mezzogiorno eingeräumt wurden; diese leitet die Beträge über das zuständige regionale Bankinstitut an den Endkreditnehmer weiter. In den vorliegenden Fällen handelt es sich dabei um das « Istituto Regionale per il Finanziamento alle Industrie in Sicilia » - IRFIS -, ein öffentlich-rechtliches Kreditinstitut, das mit der Gewährung von Darlehen an die sizilianische Industrie beauftragt ist und sich auch seinerseits an der Finanzierung der oben genannten Projekte beteiligt.

* * *

Seit ihrer Gründung bewilligte die Bank bis Ende 1961 22 Darlehen im Gesamtbetrag von 160,2 Millionen Rechnungseinheiten, d.h. durchschnittlich 7,3 Millionen pro Darlehen. Die Investitionen, an deren

Finanzierung sich die Bank beteiligt hat, belaufen sich auf insgesamt 1.013 Millionen Rechnungseinheiten : der Anteil der von der Bank bereitgestellten Finanzierungsmittel beträgt mithin im Durchschnitt etwa 16 % und liegt je nach Art und Umfang der Vorhaben zwischen 8 und 63 %.

Auf die einzelnen Länder verteilen sich die Darlehen in folgender Weise :

AUFTEILUNG DER DARLEHEN NACH LÄNDERN

am 31. Dezember 1961

Länder	*Anzahl der Vorhaben*	*Darlehen der E.I.B. (Mio.RE)*	*Anteil des Landes am Gesamtbetrag*
Belgien	1	4,8	3 %
Deutschland	2	27,4	17 %
Frankreich	7	37,8	24 %
Italien	11	86,2	54 %
Luxemburg	1	4,0	2 %
Insgesamt	22	160,2	100 %

Auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche verteilen sich die Darlehen wie folgt :

AUFTEILUNG DER DARLEHEN NACH WIRTSCHAFTSBEREICHEN

am 31. Dezember 1961

Wirtschaftsbereich	*Anzahl der Vorhaben*	*Darlehen der E.I.B. (Mio.RE)*	*Anteil des Wirtschaftsbereichs am Gesamtbetrag*
Landwirtschaft	2	10,5	6 %
Verkehr	3	50,0	31 %
Energie	6	42,6	27 %
Industrie	11	57,1	36 %
— Eisen und Stahl	1	24,0	
— Maschinenbau	2	6,4	
— Chemie	5	21,1	
— Sonstige Industriezweige	3	5,6	
Insgesamt	22	160,2	100 %

Bis zum 31. März 1962 waren 21 Darlehensverträge unterzeichnet, davon fünf im Jahre 1959, vier 1960, sieben 1961 und fünf im Laufe der ersten drei Monate des Jahres 1962. Bis Ende Dezember 1961 hatte die Bank auf diese Darlehen insgesamt 92,2 Millionen Rechnungseinheiten ausgezahlt; bis Ende März 1962 erhöhte sich der ausgezahlte Betrag auf 107,7 Millionen Rechnungseinheiten.

* * *

MITTEL DER BANK

Wie im letzten Jahresbericht bereits in Aussicht gestellt wurde, hat die Bank 1961 zum ersten Mal die Kapitalmärkte in Anspruch genommen, um sich einen Teil der zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Mittel zu beschaffen.

Diese Mittelaufnahme, die im Berichtsjahr einen Gesamtbetrag von 21,4 Millionen Rechnungseinheiten erbrachte, erfolgte im wesentlichen auf dem holländischen Kapitalmarkt. Im März 1961 nahm die Bank 20 Millionen Gulden bei einem niederländischen Bankenkonsortium auf. Die hierüber ausgestellten Teilschuldverschreibungen sind mit 4 1/2 % zu verzinsen, haben eine Höchstlaufzeit von 7 Jahren und wurden zum Nennwert begeben. Sie werden im Portefeuille der Konsortialbanken bleiben und nicht zur öffentlichen Zeichnung angeboten.

Im Juli legte die Bank in den Niederlanden weiterhin eine Teilschuldverschreibungs-Anleihe in Höhe von 50 Millionen Gulden zum Nennwert zur öffentlichen Zeichnung auf. Diese Anleihe hat eine Laufzeit von zwanzig Jahren, ist mit 4 1/2 % zu verzinsen und in 15 gleichhohen Jahresraten von 1967 bis 1981 zu tilgen.

Ferner hat die Bank im Laufe des Berichtsjahres bei einem schweizerischen Bankinstitut einen Kredit in Höhe von 9 Millionen Schweizer Franken mit einer Laufzeit von bis zu 6 Jahren aufgenommen.

1961 konnte in allen Ländern der Gemeinschaft die steuerliche Behandlung der Geschäfte der Bank festgelegt werden, so dass die E.I.B. nunmehr unter den günstigen Bedingungen gleichartiger Institutionen arbeiten kann.

Die Aufwertung der Deutschen Mark und des Gulden führte am 6. und 7. März 1961 zu einer Aufwertung der Bestände der Bank in diesen Währungen. Die Berichtigung der von der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden in ihrer Landeswährung eingezahlten Kapitalanteile wurde gemäss Artikel 7 der Satzung vorgenommen.

* * *

II

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sind diesem Bericht beigefügt.

Ihre wichtigsten Posten werden nachstehend erläutert.

BILANZ

Die Bilanzsumme zum 31. Dezember 1961 beträgt RE 351.177.185,56.

Am 31. Dezember 1960 belief sie sich auf RE 291.625.145,54.

AKTIVA

Kassenbestand und Bankguthaben, Goldguthaben, Schatzanweisungen und sonstige Geldmarktpapiere

Die Sicht- und Terminguthaben setzen sich am 31. Dezember 1961 wie folgt zusammen :

1. Kassenbestand und Bankguthaben : RE 143.841.597,06
   Davon sind RE 3.399,81 Kassenbestand
   und RE 143.838.197,25 Bankguthaben.
   Am 31. Dezember 1960 belief sich der vorgenannte Posten auf RE 133.711.018,48.

2. Goldguthaben : RE 8.506.128,06
   Sie setzen sich aus RE 1.754.472,10 Barrengold und täglich fälligen Guthaben sowie aus RE 6.751.655,96 kurzfristigen Guthaben zusammen.

Das Gesamtguthaben hat sich im Vergleich zum 31. Dezember 1960 nicht verändert.

3. Schatzanweisungen und sonstige Geldmarktpapiere : RE 50.875.745,29

Es handelt sich um Schatzanweisungen und Schatzwechsel sowie Titel öffentlicher Körperschaften in Höhe von RE 29.030.034,47 und bei dem Restbetrag von RE 21.845.710,82 um sonstige Geldmarktpapiere.

In der Bilanz zum 31. Dezember 1960 wurde dieser Posten mit RE 87.875.764,69 ausgewiesen.

Der Gesamtbetrag dieser drei Posten von RE 203.223.470,41 verteilt sich — nach Währungen — wie folgt :

Währungen der Mitgliedstaaten	RE 147.581.121,18
Andere Währungen	RE 47.136.221,17
Gold	RE 8.506.128,06

Die in den obigen Positionen aufgeführten Werte haben folgende Fälligkeiten :

Täglich fällig	RE 11.374.821,89
bis zu höchstens 3 Monaten	RE 71.212.001,63
von mehr als 3 bis zu höchstens 6 Monaten	RE 45.928.240,50
von mehr als 6 bis zu höchstens 12 Monaten	RE 71.658.406,39
länger als 12 Monate	RE 3.050.000,—

Gewährte Darlehen

Die ausgewiesenen RE 146.609.856,79 stellen den Gesamtbetrag der zugesagten Darlehen dar, für die die Verträge bis zum 31. Dezember 1961 unterzeichnet waren. Von diesem Betrag waren RE 92.150.963,69 am Stichtag an die Darlehnsnehmer ausgezahlt.

Die sich aus diesen Auszahlungen ergebenden Forderungen der Bank verteilen sich auf folgende Währungen :

Währungen der Mitgliedstaaten	RE	67.807.351,74
Wahlrecht der Bank zwischen den Währungen der Mitgliedstaaten	RE	14.589.239,34
Andere Währungen	RE	9.754.372,61

Der Gegenposten für die noch auszuzahlenden Darlehnsbeträge, d.h. RE 54.458.893,10, erscheint unter der Position « Auszuzahlende Darlehen » auf der Passivseite.

Eine Gegenüberstellung der Zahlen bezüglich der Darlehen ergibt folgendes Bild :

	31. Dezember 1960	31. Dezember 1961
Ausgezahlte Darlehen	33.278.870,03	92.150.963,69
Auszuzahlende Darlehen	26.306.058,—	54.458.893,10
Darlehen insgesamt	59.584.928,03	146.609.856,79

Betriebs- und Geschäftsausstattung

Die voll abgeschriebene Betriebs- und Geschäftsausstattung wird in der Bilanz mit einem Merkposten ausgewiesen.

Zu erhaltende Zinsen und Provisionen

Es handelt sich um RE 1.321.570,80 Zinsen und Provisionen, die bis zum 31. Dezember 1961 aufgelaufen sind, aber noch nicht zur Zahlung fällig waren.

PASSIVA

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital beläuft sich auf RE 1.000.000.000,—, wovon RE 250.000.000,— eingezahlt sind und RE 750.000.000,— Garantiekapital darstellen.

Satzungsmässige Rücklage

Die satzungsmässige Rücklage erhöht sich von RE 4.528.407,27 zu Beginn des Geschäftsjahres durch Zuführung des Saldos der Gewinn- und Verlustrechnung auf RE 10.256.538,26.

Rückstellung für Risiken aus der Gewährung von Darlehen und Garantien

Diese Rückstellung erhöht sich von RE 2.000.000,— Ende des vorhergehenden Geschäftsjahres auf RE 6.000.000,—.

Rückstellung für Zinsausgleich auf Anleihen und für Emissionskosten

Diese Rückstellung beläuft sich wie am Ende des vorhergehenden Geschäftsjahres auf RE 5.500.000,—.

Rückstellung für Währungsrisiken, die nicht durch Artikel 7 der Satzung gedeckt sind

Der Betrag dieser Rückstellung hat sich im Laufe des Geschäftsjahres 1961 nicht verändert.

Ausgleichs-Verbindlichkeiten lt. Artikel 7 Absatz 2 der Satzung

Hierunter werden die der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden geschuldeten Beträge ausgewiesen, die infolge der Aufwertung der Deutschen Mark und des Guldens zur Berichtigung der von diesen Staaten in ihrer Landeswährung eingezahlten Kapitalanteile zurückzuzahlen sind. Der Posten von RE 481.682,37 betrifft die Ausgleichs-Verbindlichkeiten der Bank für einen Betrag, der den von ihr gewährten und auf die betreffenden Währungen lautenden Darlehen entspricht. Die Ausgleichszahlungen sind satzungsgemäss an den Fälligkeitsterminen dieser Darlehen zu leisten.

Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten

Bei dem Betrag von RE 21.395.184,99 handelt es sich um die von der Bank aufgenommenen Anleihen und Kredite nach dem Stand vom 31. Dezember 1961.

Der Betrag verteilt sich wie folgt :

4 1/2 % siebenjährige Teilschuldverschreibungen von 1961 in Gulden	RE 5.524.861,88
4 1/2 % zwanzigjährige Teilschuldverschreibungen von 1961 in Gulden	RE 13.812.154,70
Sonstige aufgenommene Mittel	RE 2.058.168,41

Auszuzahlende Darlehen

Der in dieser Position ausgewiesene Betrag von RE 54.458.893,10 entspricht den noch an die Darlehnsnehmer der Bank zu leistenden Auszahlungen aufgrund der bis zum 31. Dezember 1961 unterzeichneten Darlehnsverträge.

Im voraus erhaltene bzw. anteilige Zinsen

Der Betrag von RE 500.025,24 betrifft mit RE 349.028,47 anteilige, aber noch nicht fällige Anleihezinsen und mit RE 150.996,77 Zinsen, die bis zum 31. Dezember 1961 für einen über den Bilanzstichtag hinausgehenden Zeitraum vereinnahmt wurden.

Sonstige Passiva

Diese mit RE 584.861,60 ausgewiesene Position enthält verschiedene während des Berichtsjahres begründete, aber noch nicht beglichene Verbindlichkeiten sowie den Betrag, der für die Sozialeinrichtung des Personals zurückgestellt ist.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

AUFWENDUNGEN

Verwaltungskosten

Für Verwaltungskosten wurden RE 1.124.720,82 gegenüber RE 980.235,40 im vorhergehenden Geschäftsjahr aufgewendet.

Die Kosten verteilen sich auf :

Ausgaben für das Personal	RE 788.597,21
Allgemeine Unkosten	RE 336.123,61

Anleihezinsen und -kosten

In diesem Posten von RE 788.387,83 sind die Anleihezinsen und die im Zusammenhang mit diesen Geschäften stehenden Kosten und anderen Lasten erfasst.

Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung

Die Ausgaben für Betriebs- und Geschäftsausstattung haben im laufenden Geschäftsjahr RE 40.282,62 gegenüber RE 39.819,96 im Jahr 1960 betragen. Der Zugang wurde in voller Höhe abgeschrieben.

ERTRÄGE

Zinsen und Provisionen auf Darlehen

Dieser Posten beläuft sich auf RE 3.283.355,90 gegenüber RE 1.206.962,23 im Vorjahr. In dieser Erhöhung kommt die merkliche Zunahme der auf die gewährten Darlehen ausgezahlten Beträge zum Ausdruck.

Zinsen auf Geldanlagen

Die sich aus der Anlage flüssiger Mittel ergebenden Zinsen betrugen RE 8.266.453,54 gegenüber RE 8.206.615,93 im vorhergehenden Geschäftsjahr.

III

Im Laufe des Berichtsjahres traten im Verwaltungsrat folgende Veränderungen ein :

Zu Nachfolgern der ausgeschiedenen Herren Jean-Paul DELCOURT, René LARRE und Joachim von SPINDLER bestellte der Rat der Gouverneure mit Wirkung vom 2. Oktober 1961 die Herren Jean SADRIN, Maurice PÉROUSE (vorher Stellvertreter von Herrn Pierre-Paul SCHWEITZER im Verwaltungsrat der Bank) und Fritz FECHNER.

Ferner legten die Herren Hans SKRIBANOWITZ und Pierre MILLET ihr Amt als stellvertretende Mitglieder des Verwaltungsrates nieder. Herr Alain PRATE wurde mit Wirkung vom 28. Februar 1962 zum Nachfolger von Herrn Pierre MILLET bestellt.

Wir danken Herrn DELCOURT, Herrn LARRE, Herrn von SPINDLER, Herrn SKRIBANOWITZ und Herrn MILLET für ihre wertvolle und sachkundige Mitarbeit.

* * *

In der internen Organisation der Bank und in ihrem Personalbestand traten keine wesentlichen Änderungen ein. Das Personal der Bank bestand am 31. Dezember 1961 aus insgesamt 94 Personen.

Brüssel, den 4. April 1962

Der Präsident
des Verwaltungsrates

PARIDE FORMENTINI

BILANZ UND GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

BERICHT DER HERREN PRICE WATERHOUSE & Co.

60, rue Ravenstein
Brüssel

An den Präsidenten,
EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK
BRÜSSEL

Nach unserer Ansicht gibt der beigefügte Jahresabschluss die finanzielle Lage der Europäischen Investitionsbank zum 31. Dezember 1961 und das Ergebnis des an diesem Stichtag beendeten Geschäftsjahres nach allgemein anerkannten Buchführungsgrundsätzen, die im Vergleich zum Vorjahre unverändert angewandt worden sind, angemessen wieder. Unsere Prüfung dieses Jahresabschlusses wurde in Übereinstimmung mit den im Prüfungswesen allgemein angewandten Grundsätzen vorgenommen und umfasste infolgedessen diejenigen Stichproben in den Büchern und Unterlagen und solche anderen Prüfungshandlungen, die wir in den gegebenen Verhältnissen für erforderlich hielten.

Den 5. April 1962.

PRICE WATERHOUSE & Co.

BILANZ ZUM 31.

(in Rechnungseinheiten zu 0,88867088 g

Die Konten der Bank werden unter Anwendung

1 RE = 50 bfr. = 4,00 DM = 4,93706 NF = 625 Lit.

AKTIVA

KASSENBESTAND UND BANKGUTHABEN			
Währungen der Mitgliedsländer täglich fällig oder mit Laufzeit bis zu einem Jahr		116.686.111,01	
Andere Währungen täglich fällig oder mit Laufzeit bis zu einem Jahr		27.155.486,05	
			143.841.597,06
GOLDGUTHABEN			8.506.128,06
SCHATZANWEISUNGEN UND SONSTIGE GELDMARKTPAPIERE			
Währungen der Mitgliedsländer			
mit Laufzeit bis zu einem Jahr	27.895.010,17		
mit Laufzeit über ein Jahr .	3.000.000,00		
		30.895.010,17	
Andere Währungen			
mit Laufzeit bis zu einem Jahr	19.930.735,12		
mit Laufzeit über ein Jahr .	50.000,00		
		19.980.735,12	
			50.875.745,29
GEWÄHRTE DARLEHEN			
davon			
ausgezahlt :			
in Währungen der Mitgliedsländer	82.396.591,08		
in anderen Währungen . .	9.754.372,61		
		92.150.963,69	
noch auszuzahlen . . .		54.458.893,10	
			146.609.856,79
BETRIEBS- UND GESCHÄFTSAUSSTATTUNG			1,00
ZU ERHALTENDE ZINSEN UND PROVISIONEN			1.321.570,80
SONSTIGE AKTIVA			22.286,56
Summe der Aktiva : RE			351.177.185,56

DEZEMBER 1961

Feingold — Artikel 4 der Satzung)

folgender Umrechnungskurse geführt :

= 50 Luxfr. = 3,62 hfl. = 1 US $ = 4,37282 sfr.

PASSIVA

GEZEICHNETES KAPITAL	1.000.000.000,00	
davon gem. Art. 5 Absatz 1 der Satzung einbezahlt		250.000.000,00
SATZUNGSMÄSSIGE RÜCKLAGE		10.256.538,26
RÜCKSTELLUNGEN		
für Risiken aus der Gewährung von Darlehen und Garantien	6.000.000,00	
für Zinsausgleich auf Anleihen und für Emissionskosten	5.500.000,00	
für Währungsrisiken, die nicht durch Art. 7 der Satzung gedeckt sind	2.000.000,00	13.500.000,00
AUSGLEICHS-VERBINDLICHKEITEN LT. ART. 7 ABSATZ 2 DER SATZUNG		481.682,37
MITTEL- UND LANGFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN		
in Währungen der Mitgliedsländer . . .	19.337.016,58	
in anderen Währungen	2.058.168,41	21.395.184,99
AUSZUZAHLENDE DARLEHEN		54.458.893,10
IM VORAUS ERHALTENE BZW. ANTEILIGE ZINSEN		500.025,24
SONSTIGE PASSIVA		584.861,60
Summe der Passiva : RE		351.177.185,56

GEWINN- UND VERLUST

(in Rechnungseinheiten zu 0,88867088 g

AUFWENDUNGEN

VERWALTUNGSKOSTEN	1.124.720,82
ANLEIHEZINSEN UND -KOSTEN	788.387,83
PROVISIONEN	21.847,46
ABSCHREIBUNGEN AUF BETRIEBS- UND GESCHÄFTSAUSSTATTUNG .	40.282,62
ZUWEISUNG AN RÜCKSTELLUNG FÜR RISIKEN AUS DER GEWÄHRUNG VON DARLEHEN UND GARANTIEN	4.000.000,00
DER SATZUNGSMÄSSIGEN RÜCKLAGE ZUGEWIESENER SALDO . . .	5.728.130,99
Summe : RE	11.703.369,72

RECHNUNG FÜR DAS JAHR 1961

Feingold — Artikel 4 der Satzung)

	ERTRÄGE
ZINSEN UND PROVISIONEN AUF DARLEHEN	3.283.355,90
ZINSEN AUF GELDANLAGEN	8.266.453,54
KURSDIFFERENZEN	153.560,28
Summe : RE	11.703.369,72

ERKLÄRUNG DES PRÜFUNGSAUSSCHUSSES

Der Ausschuss, der gemäss Art. 14 der Satzung und Art. 25 der Geschäftsordnung der Europäischen Investitionsbank zur Prüfung der Ordnungsmässigkeit ihrer Geschäfte und ihrer Bücher eingesetzt wurde,

unter Bezugnahme auf den Jahresbericht 1961 sowie auf die Bilanz der Bank zum 31. Dezember 1961 und die Gewinn- und Verlustrechnung für das an dem letztgenannten Tag abgeschlossene Geschäftsjahr, wie sie von dem Verwaltungsrat in seiner Sitzung vom 4. April 1962 festgestellt wurden,

unter Bezugnahme auf die Artikel 22, 23 und 24 der Geschäftsordnung,

bestätigt hiermit :

dass die Geschäfte der Bank während des Geschäftsjahres 1961 entsprechend den in der Satzung und der Geschäftsordnung festgelegten Formalitäten und Verfahrensvorschriften durchgeführt wurden,

dass die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung mit den Büchern der Bank übereinstimmen und dass sie sowohl auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite die Vermögenslage der Bank genau wiedergeben.

Brüssel, den 10. April 1962

Der Prüfungsausschuss

A. M. de Jong
R. Bresson
K. Bernard

Lesigne, Bruxelles.